

**Antrag**

öffentlich

Datum	Nummer
21.09.2022	A0193/22

Absender

**Fraktion GRUNE/future!**

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates  
Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

06.10.2022

Kurtitel

Konfliktfreie Ausländer\*innenbehörde

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt kurzfristig eine temporäre Arbeitsgruppe zur Bearbeitung der Konflikte zwischen Migrant\*innen und der Ausländer\*innenbehörde zu gründen.

Ziel der Arbeitsgruppe soll es sein, die Ausländer\*innenbehörde zu einer echten Willkommensbehörde zu entwickeln und dabei das vorhandene Personal mit neuen Ansätzen zu unterstützen. Das bedeutet auch eine intensive Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle, den Service- und Dienstleistungsstrukturen sowie der Vernetzung der Behörde in der Kommune.

Es gilt, einen Rahmen zu bieten, in dem die bestehenden Probleme in einem gleichberechtigten Dialog besprochen werden können. Außerdem wird die Arbeitsgruppe gebeten, konkrete, kurzfristige Maßnahmen zur Beschleunigung der Bearbeitungszeiten in der Ausländer\*innenbehörde vorzuschlagen.

Die Arbeitsgruppe soll aus Mitgliedern des Integrationsbeirates, den Organisator\*innen der Demonstration "GLEICHES RECHT FÜR ALLE!" und Mitgliedern der Stadtverwaltung, insbesondere der Ausländer\*innenbehörde, zusammengestellt werden.

Der Stadtrat ist bis spätestens Ende 2022 über die Ergebnisse bzw. Zwischenergebnisse der ersten Treffen der Arbeitsgruppe zu informieren.

*Um sofortige Abstimmung wird gebeten.*

Begründung:

Im Rahmen der Demonstration "GLEICHES RECHT FÜR ALLE!" am 30. August berichteten viele Migrant\*innen über ihre Erfahrungen mit der Ausländer\*innenbehörde. Einige beklagten über Jahre in die Länge gezogene Antragsprozesse. Sie berichteten außerdem von einem in vielen Fällen respektlosen und oft auch erniedrigenden Umgang.

So würden den Antragstellenden häufig Informationen vorenthalten, nicht einhaltbare Fristen gesetzt oder fehlende Englischkenntnisse vorgespielt. Wie auch eine Flut schlechter Google Bewertungen zeigt, ist auch die Erreichbarkeit der Ausländer\*innenbehörde per Mail und Telefon ein Problem. Häufig wurde den Antragstellenden außerdem ein anhaltend hoher Krankenstand in der Behörde als Grund für monatelange Verzögerungen genannt.

Alle Magdeburger\*innen, unabhängig von ihrer Herkunft, haben bei ihren Behördengängen ein Recht auf einen respektvollen und lösungsorientierten Umgang. Die Vielzahl von Fällen macht deutlich, dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Problem handelt, das dringend gelöst werden muss.

Magdeburg wird nicht nur durch die Ansiedlung von Intel in den kommenden Jahren auf Migration angewiesen sein, auch daher sollten wir alles dafür tun Neumagdeburger\*innen einen guten Start in ihren neuen Lebensabschnitt in der Landeshauptstadt zu ermöglichen.

Madeleine Linke  
Fraktionsvorsitzende

Olaf Meister  
Fraktionsvorsitzender